

„Politisch und militärisch unsinnig“

Gespräch mit dem Historiker und Professor Michael Wolffsohn über deutsche Rüstungsexporte auf die Arabische Halbinsel

Herr Wolffsohn, der Wert deutscher Rüstungsexporte, die von der Regierung nach Saudi-Arabien und in die Golfstaaten genehmigt wurden, hat sich binnen eines Jahres auf 1,42 Milliarden Euro verdoppelt. Was halten Sie davon?

Für Deutschland ist das ein gutes Geschäft, für die Käuferländer aber ist es politisch und militärisch völlig unsinnig.

Warum?

Weil die größten Gefahren für die Monarchien der Arabischen Halbinsel von innenpolitischen Revolutionen ausgehen. Gegen guerillaartige Aufstandsbewegungen und Terroristen helfen weder Grenzsicherungsanlagen noch gepanzerte Fahrzeuge oder Kampfflugzeuge. Das kann man in Syrien sehen.

Kampfpanzer wie der „Leopard“ 2 A7+ eignen sich durchaus für den Kampf im urbanen Raum – also auch zur Unterdrückung von Aufständen.

Zeitweise mag das zutreffen, aber nicht dauerhaft. Waffensysteme wie der „Leopard“ werden den Herrschenden in der Golfregion vielleicht noch eine Weile in der Bevölkerung Respekt verschaffen. Sie werden ihnen aber nicht dabei helfen können, ihre Macht zu sichern. Auch das kann man in Syrien beobachten. Panzer werden Staatspräsident Baschar al Assad nicht retten. Wenn die Monarchen am Golf weise wären, würden sie stattdessen Reformen einleiten.

Das Gros der deutschen Rüstungslieferungen an den Golf ist für Saudi-Arabien bestimmt. Dort gilt die Scharia. Menschen werden ausgepeitscht, Frauen diskriminiert, die Meinungs- und Religionsfreiheit wird systematisch unterdrückt. Warum unterstützt eine Demokratie wie die deutsche ein solches Land?

Befürworter argumentieren mit Stabilitätsinteressen. Ob das eine sinnvolle Haltung ist, wage ich zu bezweifeln, denn was „saudische Stabilität“ nach außen genannt wird, ist innenpolitisch wackelig und damit auch außenpolitisch unwägbar. Kluge Politik bestünde darin, die Herrschenden zu demokratischen Reformen zu drängen.



Das könnte eine Revolution in Saudi-Arabien verhindern. „Könnte“ heißt allerdings nicht „wird“. Die Bundesregierung denkt und handelt kurzfristig und nicht analytisch. Sie will die wirtschaftlichen Ex- und Importinteressen unseres Landes nicht gefährden. Das ist an sich richtig gedacht, aber falsch gemacht – eben weil Panzer die innenpolitische Explosionsgefahr nicht verringern. Ein Umsturz in Saudi-Arabien, mit und ohne deutsche Panzer, wird den deutschen Volkssport Autofahren verteuern. Wer wirtschaftlich denkt, darf das Politische nicht übersehen.

Sie meinen also, Deutschland verkauft seine Prinzipien für den Profit seiner Unternehmen?

Das habe ich nicht gesagt. Deutschland handelt nicht anders als Waffenverkäufer weltweit. Es ist ein Geschäft, das international üblich ist. Das macht es nicht besser, erklärt aber, warum die Regierung keinen Sonderweg beschreitet. Kurzfristige Geschäfte sichern keine dauerhaften Gewinne, wenn sie nicht politisch gesichert sind.

Wenn man sich die jüngsten deutschen Rüstungsexportgenehmigungen für die Golfregion genauer betrachtet, machen Waffen nur einen Bruchteil des Volumens aus. Der Löwenanteil besteht aus einem Grenzsicherungssystem für Saudi-Arabien. Halten Sie Exporte von nicht tödlichen Gütern für weniger bedenklich?

Sie sind ungefährlich, aber trotzdem unsinnig. Nochmals: Die größte Gefahr für die derzeit herrschende Kö-



Der „Leopard“ ist das Rückgrat der deutschen Panzerwaffe, wird in den aktuellen Einsätzen aber nicht verwendet. Die Bundeswehr reduziert ihren Panzerbestand, während Staaten wie Saudi-Arabien Hunderte „Leopard“ der neuesten Generation kaufen wollen. Dieses Geschäft ist in Deutschland umstritten



DR. MICHAEL WOLFFSOHN

Deutscher Historiker und Publizist, geboren 1947 in Tel Aviv-Jaffa (Israel). Von 1981 bis zu seiner Emeritierung 2012 Professor für Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr in München.

Als westliches Militär 2011 zugunsten der Rebellen in den libyschen Bürgerkrieg eingriff, verfügten die Regierungstruppen Muammar al Gaddafis über Waffensysteme aus europäischer Produktion.

Die Waffenexporte nach Libyen waren regionalpolitisch richtig und innenpolitisch, bezogen auf Libyen, so wirkungsvoll wie sie in Saudi-Arabien sein werden: nämlich gar nicht. Als es zum Konflikt kam, waren Muammar al Gaddafis Armee und Luftwaffe gegenüber den von der Nato geführten Luftstreitkräften völlig chancenlos. Die Aufständischen haben mit westlicher Hilfe gesiegt, die moralisch und politisch richtig war. Noch wichtiger aber war, dass Gaddafis Panzer und Flugzeuge die Aufständischen mit ihren Waffen nicht besiegen konnten.

Die Verteidigungsbudgets des Westens schrumpfen, die Militäraushalte der Staaten am Persischen Golf wachsen. An welche Leitlinie soll sich die Bundesregierung halten, wenn sie über Rüstungsexportgenehmigungen in die Region entscheidet?

Sie sollte die politische, ökonomische und militärische Perspektive gegeneinander abwägen. Heute werden in erster Linie ökonomische Entscheidungen getroffen, ohne politisch Langfristiges zu bedenken. Dann wird so getan, als wäre das gute Politik. Wer sinkende Schiffe wie das saudische Regime mit Waffen zusätzlich belädt, verhindert den Untergang des Schiffes nicht. Kurzfristig sichert man so bei uns Arbeitsplätze. Für eine langfristige Sicherung von Arbeitsplätzen sollten aber auch die politischen Zusammenhänge berücksichtigt werden. Das gilt auch für Rüstungsexporte.

Das Gespräch führte Lorenz Hemicker.

nigsfamilie in Riad geht nicht von Iran, dem Irak oder Jemen aus, sondern vom Bürgertum. Die Menschen fühlen sich zu Recht von der politischen Teilhabe ausgeschlossen, insbesondere die saudischen Schiiten in der Ostregion. Aufgrund ihrer traditionellen Benachteiligung stehen sie dem Königtum besonders kritisch gegenüber. Ein Grenzsysteem nutzt gegen diese Gefahren herzlich wenig.

Gemutmaßt wird auch über den Verkauf mehrerer hundert deutscher Kampfpanzer an Saudi-Arabien. Kritiker verweisen darauf, dass Waffenlieferungen des Westens an autoritäre Regime schon mindestens zwei Mal gescheitert seien: bei der Aufrüstung der Mudschaheddin in Afghanistan und der Bewaffnung des Irak, ebenfalls gegen Iran. Wie hoch schätzen Sie die Gefahr im Fall Saudi-Arabiens ein, dass sich solche Waffen eines Tages gegen den Westen richten könnten?

Dieses Argument halte ich für absurd. Saudi-Arabien würde Israel, das als einziger Staat der westlichen Gemeinschaft in Reichweite liegt, selbst dann nicht angreifen, wenn die Saud-Familie stürzen würde. Im Fall eines Regimewechsels könnte Israel mit einem Präventiv- oder Reaktivschlag sämtliche gelieferten Waffensysteme wie Kampfpanzer oder Artilleriegeschütze mühe-los ausschalten.

Gälte das auch für den Fall eines Libyen-Szenarios?

Was meinen Sie damit?